

**Niederschrift
über die 26. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 28.11.2022
Sitzungsort:	Festhalle, Kleiner Saal

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 17:35 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Alexandra Glied
Herr Thomas Hoyer
Herr Lars Legath
Frau Monika Mühle
Herr Frank Schaufel
Herr Bernd Stubenrauch
Herr Stephan Uhlig

Beratendes Mitglied

Frau Ursula Burger
Herr Torsten Roscher

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Ingo Eckardt	entschuldigt
Herr Rico Kusche	abwesend

Beratendes Mitglied

Herr Thomas Huscher	entschuldigt
Herr Wolfgang Schoberth	entschuldigt
Herr Thomas Zundel	abwesend

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Körner	Beauftragter für Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Leiter Tourismus, Marktwesen und Stadtmarketing	TOP 3.1. und 4.1.
Herr Stempell	SB Wirtschaftsförderung	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland	TOP 2.

Tagesordnung - öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 26.09.2022
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 24.10.2022
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen der Bürgermeisterin
2. Aktuelle Situation Jobcenter Vogtland, vorgestellt durch Geschäftsführerin Frau Martina Kober
3. Information
- 3.1. Veranstaltungskalender 2023
Drucksachenummer: 0735/2022
4. Vorberatung
- 4.1. Marktkalender 2023
Drucksachenummer: 0732/2022
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 26. öffentliche Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses wird von Bürgermeisterin Kerstin Wolf durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Bürgermeisterin Kerstin Wolf darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Wirtschaftsförderungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Herr Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., und Herr Stephan Uhlig, CDU-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 26.09.2022

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses fest.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 24.10.2022

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

1.5. Informationen der Bürgermeisterin

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, beglückwünscht Stadträtin Alexandra Glied zur Auszeichnung als Touristikheldin in der Kategorie Beherbergung auf der Messe Touristik & Caravan in Leipzig.

2. Aktuelle Situation Jobcenter Vogtland, vorgestellt durch Geschäftsführerin Frau Martina Kober

Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland, erläutert die Präsentation. Sie geht dabei auf den aktuellen Stand des Arbeitsmarktes im Vogtland und speziell in Plauen, die Entwicklung spezieller Personengruppen seit 2019, den Bestand an Bedarfsgemeinschaften seit 2019, den aktuellen Stand der Bedarfsgemeinschaften in Plauen, den aktuellen Stand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und die Strukturmerkmale ukrainischer Geflüchteter ein.

Frau Kober erklärt, dass sich die Integration der ukrainischen Menschen auf dem Arbeitsmarkt oft schwierig gestaltet, da speziell in den Berufen in denen ein Staatsexamen erforderlich ist, das Anerkennungsverfahren sehr komplex und langwierig ist. Ein weiteres großes Problem bei den ukrainischen Flüchtlingen sind die fehlenden Sprachkenntnisse. Es fehlen im Vogtland sowohl die Sprachkursträger als auch die Dozenten. Sie betont, wie wichtig es ist, gemeinsam mit den vogtländischen Unternehmen Lösungen zu finden, um diese Menschen trotz der Sprachprobleme in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Eine Kopie der Präsentation wird den Fraktionen zugestellt.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt, wie es dazu kommt, dass momentan so große Probleme in dem Bereich Sprache bestehen. Dass die deutsche Sprache zwingend erforderlich ist, um Arbeitsplätze zu besetzen, ist hinreichend bekannt. Herr Stubenrauch schlägt vor, ehemalige Russischlehrer, die aus dem Arbeitsprozess bereits ausgeschieden sind, zur Unterstützung heranzuziehen. Er fragt weiter, ob die ukrainischen Geflüchteten nur ukrainisch sprechen wollen oder ob russisch hier eine Alternative ist.

Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland, erklärt, dass es zu Beginn des Krieges tatsächlich ein Problem war, dass es einige Ukrainer abgelehnt haben, russisch zu sprechen. Der Mehrheit der ukrainischen Menschen ist es aber egal, ob man mit ihnen ukrainisch oder russisch spricht.

Zum Vorschlag von Herrn Stubenrauch erklärt sie, dass die meisten ehemaligen Russischlehrer inzwischen im Ruhestand sind und sich dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen fühlen bzw. bereits ein Ehrenamt betreuen oder ihnen schlichtweg Zusatzqualifikationen fehlen. Anfangs gab es auch viele ehrenamtliche Helfer, die versucht haben, die deutsche Sprache zu vermitteln. Hier war jedoch schlicht und ergreifend die fachliche Fundiertheit nicht gegeben, um die Menschen zum Abschluss des B1-Zertifikates zu bringen. Eine Alternative sind Online-Selbstlernangebote. Hier ist das Jobcenter momentan im Gespräch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wie solche Dinge realisiert werden könnten und ob eine Verknüpfung zwischen Online-Prüfungen und externen Prüfungen möglich ist.

Stadtrat Thomas Hoyer, AfD-Fraktion, empfindet es als sehr niederschmetternd, dass man mit der Integration der ukrainischen Geflüchteten auf dem vogtländischen Arbeitsmarkt nicht richtig vorankommt. Er fragt, wohin die zum Teil hochqualifizierten ukrainischen Menschen gehen, wenn sie das Vogtland wieder verlassen.

Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland, erklärt, dass diese Menschen meist in Regionen gehen, in denen ein höheres Lohnniveau herrscht oder die Anerkennungsverfahren, die den Bundesländern obliegen, schneller und einfacher erfolgen.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., erklärt, dass er die Erfahrung gemacht hat, dass viele der ukrainischen Flüchtlinge sehr froh darüber sind, wenn es Menschen gibt, die wenigstens russisch mit ihnen sprechen können. Er selbst hat eine russischsprachige Kollegin, die viel Dankbarkeit erfährt, wenn sie sich auf Russisch mit den ukrainischen Menschen unterhalten kann.

Herr Legath bittet um Informationen zum Antragsaufkommen, da dieses, unabhängig von der Zahl der Ukrainer, überproportional zum Vorjahr gestiegen ist.

Des Weiteren fragt Herr Legath, wie viele Erstattungsansprüche vom Jobcenter angemeldet wurden, die noch nicht abgearbeitet sind.

Außerdem fragt er, welche Menschen in den Zahlen zu Beginn der Präsentation von Frau Kober nicht berücksichtigt sind bzw. wieviel Prozent aufgrund von Krankheit oder Teilnahme an einer Maßnahme in den Zahlen nicht erfasst sind.

Frau Martina Kober, Geschäftsführerin Jobcenter Vogtland, betont, dass für ukrainische Flüchtlinge grundsätzlich das gleiche Leistungsrecht genauso gilt wie für alle anderen Menschen auch. Das heißt, vom Jobcenter dürfen erst Leistungen bewilligt werden, wenn sichergestellt ist, dass keine vorrangigen Leistungen gezahlt werden. So muss auch für die ukrainischen Menschen eine Kinderzuschlagsberechnung durchgeführt werden. Erst wenn diese eine Hilfebedürftigkeit aufweist, darf das Jobcenter Leistungen bewilligen. Wichtig ist, dass die Menschen darauf hingewiesen werden, dass sie erst diese vorrangigen Leistungen zu beantragen haben. Ist beispielsweise die Wohnungserstausstattung bereits von der Ausländerbehörde gezahlt worden, kann diese im Jobcenter nicht noch einmal beantragt werden.

Frau Kober erklärt weiter, dass Erstattungsansprüche immer dann geltend gemacht werden, wenn das Jobcenter in Vorleistung gehen muss, um das Grundeinkommen zu sichern. Diese Vorleistung wird dann vom Jobcenter bei der entsprechenden Behörde zurückgefordert. Die genaue Anzahl kann Frau Kober atok nicht beziffern, diese wird sie an Herrn Legath nachreichen.

Frau Kober fügt hinzu, dass gerade bei den ukrainischen Flüchtlingen sehr eng mit der Ausländerbehörde zusammengearbeitet wird, um die Erstattungsverfahren so gering wie möglich zu halten.

Sie berichtet, dass Mitte Mai, als beschlossen wurde, dass die ukrainischen Flüchtlinge den Maßnahmen im Asylantragsleistungsgesetz dem SGB II unterliegen, das Antragsaufkommen eine Bugwelle erlebte. Zwischenzeitlich hat sich die Situation jedoch normalisiert und es gibt keine Bearbeitungsrückstände.

Die Zahl der durch Krankheit oder Maßnahmen nicht berücksichtigten Menschen wird Frau Kober ebenfalls nachreichen.

3. Information

3.1. Veranstaltungskalender 2023

Drucksachenummer: 0735/2022

Herr Sorger, Leiter Tourismus, Marktwesen und Stadtmarketing, erläutert die Informationsvorlage.

4. Vorberatung

4.1. Marktkalender 2023

Drucksachenummer: 0732/2022

Herr Sorger, Leiter Tourismus, Marktwesen und Stadtmarketing, erläutert die Verwaltungsvorlage.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 0 Enthaltung

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, bezieht sich auf einen Artikel in der Freien Presse vom 24.11.2022, der sich mit dem Ladensterben in der Innenstadt beschäftigt. Er erinnert daran, dass er bereits in den Jahren, als die Einkaufsmärkte an den Stadträndern entstanden, darauf hingewiesen hat, dass die Händler in der Innenstadt einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil aufgrund der Parkgebühren haben. Später wurde der Internethandel zu einem weiteren Problem. Auch hier hatte Herr Schaufel nach den Marketingmaßnahmen für den innerstädtischen Handel gefragt. Ihm stellt sich nun die Frage, ab wieviel Prozent an Leerständen die Stadtverwaltung bereit sei umzudenken und in diesem Zusammenhang auch die Parkgebühren mit ins Kalkül zu ziehen.

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erklärt, dass die Parkgebührensatzung eine vom Stadtrat beschlossene Satzung ist. Sie verweist darauf, dass wenn diese geändert werden soll, Herr Schaufel einen Antrag stellen sollte. Allerdings müssen dann im Umkehrschluss auch Alternativen für Deckungsquellen gefunden werden.

Frau Wolf fügt hinzu, dass die Verwaltung sehr wohl daran interessiert ist, Anreize für das Bleiben und Zuziehen von Gastronomie und Einzelhandel in der Innenstadt zu schaffen. Nicht umsonst hat sich die Stadt für das Projekt zukunftsfähige Innenstädte und Zentren beworben und fast 3 Millionen EURO an Förderung erhalten. Diese sollen in 2023 natürlich auch der Innenstadt zugutekommen. Frau Wolf erklärt, dass der Bewilligungsprozess leider fast ein Jahr dauerte. Die Bewerbung erfolgte Anfang September 2021, erst jetzt am 28.10.2022 wurden die Einzelmaßnahmen hierzu bewilligt. Herr Körner steht der Arbeitsgruppe vor und wird nun Schritt für Schritt diese Maßnahmen umsetzen. Die einzelnen Maßnahmen wurden dem Stadtrat umfangreich vorgestellt.

Herr Körner, Beauftragter für Wirtschaftsförderung, fügt hinzu, dass die Bereitstellung von 250 Millionen EURO durch den Bund für das Projekt zukunftsfähige Innenstädte und Zentren zeigt, dass das Innenstadtsterben ein allgemeines und kein in Plauen spezifisches Problem ist. Herr Körner erklärt, dass es verschiedenste Faktoren gibt, die das Ladensterben der Innenstadt begünstigen und verweist hier auf die rückläufige Einwohnerzahl, die sinkende Kaufkraft, den wachsenden Onlinehandel sowie den drittletzten Platz der Region bei den Einkommen. Wichtig ist nun, die Innenstadt mit verschiedenen Konzepten zu beleben. Für einzelne Flächen werden jedoch neue Nutzungskonzepte gefunden werden müssen. Auch dies ist nicht spezifisch für die Stadt Plauen. Herr Körner betont, dass nicht alle Einzelhandelsflächen, die es in Summe in Plauen gibt, als Einzelhandelsflächen gehalten werden können. Dies ist aus seiner Sicht völlig klar. Bereits Einzelhandelskonzepte aus 2016 besagten, dass die Stadt zu viele Einzelhandelsflächen pro Kopf hat. Auch das Thema Parkgebühren muss intern noch einmal besprochen werden.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, verweist auf einen Antrag seiner Fraktion im Jahr 2019, in dem es ebenfalls um die Problematik ging, wie man die Menschen wieder in die Stadt bekommt. Er sieht das Problem in der Bahnhofstraße, die die Innenstadt teilt. In dem Antrag in 2019 ging es darum zu prüfen, wie man von der Jößnitzer Straße bis zur Gottschaldstraße im ersten Abschnitt und im zweiten Abschnitt bis zur Rädelsstraße einbahnstraßenberuhigten Fahrverkehr mit Parkmöglichkeiten einrichten könnte. Dieser Antrag wurde von allen Fraktionen unterstützt. Herr Stubenrauch bittet die Stadtverwaltung, unter den jetzigen Prämissen diesen Großversuch zu starten und auf diese Art und Weise die Innenstadt wieder zu beleben.

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, erklärt, dass für das Projekt zukunftsfähige Innenstädte und Zentren die Kulisse bis hinauf zum Albertplatz gezogen wurde, um eben genau das Thema Bahnhofstraße konzeptionell noch einmal zu betrachten. Dies ist eines der Themen im Förderprojekt.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., verweist darauf, dass die Parkplätze in der Innenstadt aufgrund der guten Resonanz des Weihnachtsmarktes sehr gut gefüllt sind und fragt, was passiert, wenn Parkplätze und große Stellflächen aufgrund von zusätzlichen Veranstaltungen wegfallen. Er bezieht sich hier konkret auf den Neustadtplatz. Herr Legath fragt, wie dann die Verkehrssituation gelöst wird.

Frau Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, antwortet, dass sie in diesem Fall dazu animiert, den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen. Die Stadt hat einen umfangreichen ÖPNV und große Parkflächen an der Festhalle. Sie fügt hinzu, dass mit Beginn der Baustelle neue Elsterbrücke im kommenden Jahr, der Neustadtplatz ohnehin nicht mehr zum Parken zur Verfügung stehen wird, sondern in großen Teilen Baustelleneinrichtung ist. Da die Straßenbahn zu jeder Zeit über die neue Elsterbrücke fahren wird, lädt Frau Wolf alle Bürgerinnen und Bürger dazu ein, den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen, da dies ohnehin die schnellere und bequemere Variante ist, um in die Innenstadt zu kommen.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Lars Legath
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Monika Schott
Schriftführer

Stephan Uhlig
Stadtrat